

Zeitschrift: FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche

Herausgeber: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

Band: - (2021)

Heft: 57

Artikel: Die unglaubliche Renitenz der Männer : Gradmesser eines tief verankerten Antifeminismus = L'incroyable obstination des hommes : indicateur d'un antiféminisme profond

Autor: Joris, Elisabeth

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1098518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die unglaubliche Renitenz der Männer Gradmesser eines tief verankerten Antifeminismus

TEXT: ELISABETH JORIS

Bis 1971 bestand die männliche Schweizer Stimmbevölkerung auf ihren Privilegien, bedingt durch ihre rechtliche Vormachtstellung. Doch wurde diese Renitenz mit dem Ja zum Frauenstimm- und Wahlrecht tatsächlich gebrochen? Und welche Faktoren trugen dazu bei, dass die offizielle Schweiz sich entgegen dem transnationalen Trend so lange weigern konnte, eine demokratische Selbstverständlichkeit gut zu heissen?

Mitte der 1980er Jahre betrat ich die Bank, um – wie immer seit 1969 – Geld von meinem Sparkonto abzuheben, auf das jeden Monat mein Lohn als Lehrerin einbezahlt wurde. Ein junger Angestellter machte mich darauf aufmerksam, dass die Abhebung nicht möglich sei, da die per Unterschrift beglaubigte Er-

laubnis meines Ehemannes fehle. Ich war empört, doch er hatte Recht. Und ich wusste es eigentlich, hatte ich doch für den von Heidi Witzig und mir herauszugebenden Dokumentenband «Frauengeschichte(n)» die Bestimmungen des eben erst vom Parlament verabschiedeten neuen Eherechts den noch geltenden Bestimmungen gegenübergestellt. Mein Konto war nach ordentlichem Güterrecht immer noch Teil des ehelichen Vermögens. Und einer Gruppe um den damaligen SVP-Nationalrat Christoph Blocher zufolge, sollte dies auch so bleiben. Sie hatte gegen das neue «partnerschaftliche» Eherecht von 1985 das Referendum ergriffen: Weiterhin sollten die Paragraphen des alten Familienrechts von 1912 gültig bleiben. Der Ehemann ist das Haupt der Gemeinschaft. Er kann der Ehefrau die Berufstätigkeit untersagen. Die Ehefrau führt den Haushalt. Das Einkommen aus ihrer

Die unglaubliche Renitenz der Männer

Elisabeth Joris, Dr. phil., freischaffende Historikerin in Zürich, hat zahlreiche Beiträge und mehrere Bücher zur Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert veröffentlicht, unter anderem in den Bereichen Frauenbewegung, Recht, Arbeit und Migration. 2021 erscheint der 1986 mit Heidi Witzig herausgegebene Quellenband «Frauengeschichte(n)» in Zusammenarbeit mit Anja Suter als 5. erweiterte Neuauflage.

Erwerbstätigkeit gehört zwar ihr, doch der Ehemann verwaltet und nutzt das eheliche Vermögen.

Ja, aber nicht nachhaltig

Was hat diese Geschichte mit dem 1971 – endlich! – eingeführten Frauenstimmrecht zu tun? Sie zeigt die hartnäckige Beständigkeit, mit der die männliche Stimmbevölkerung immer wieder auf ihre rechtlich gesicherten Privilegien und die damit einhergehende Unterordnung der Ehefrauen unter ihre Macht bestanden: Im Herbst 1985 – fast 15 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts – beim Referendum gegen das neue Eherecht waren es immer noch mehr als die Hälfte der abstimmenden Männer. Sie scherten sich einen Deut darum, dass ihr Nein verfassungswidrig war, da es gegen den seit 1981 in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann verstieß. Das neue Eherecht wurde 1985 nur dank dem Ja einer überwältigenden Mehrheit der abstimmenden Frauen angenommen. Ihr Gang an die Urne war matchentscheidend. Schaut man sich die Resultate dieser Abstimmung an, kann eine Korrela-

tion festgestellt werden zwischen den ablehnenden Kantonen und Regionen und jenen, die auch das Frauenstimmrecht am hartnäckigsten abgelehnt hatten. Und es sind dieselben Kantone, die sich bis heute um die 1997 ratifizierte UNO-Frauenrechtskonvention frotieren, indem sie die darin geforderten verbindlichen Massnahmen zur Umsetzung der Gleichstellung missachten – etwa durch die Auflösung entsprechender Fachstellen oder die Weigerung ebensolche überhaupt erst einzurichten.

In den Westschweizer Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg hingegen befürworteten bereits bei der ersten eidgenössischen Abstimmung zum Frauenstimmrecht 1959 eine Mehrheit der männlichen Stimmbürger die politische Gleichstellung der Frauen. Und in diesen Westschweizer Kantonen sind bis heute die Fachstellen für Gleichstellung nicht aufgehoben worden. So erweist sich bei näherer Analyse die Haltung der Kantone zur Umsetzung der Gleichstellung als Abbild ihrer früheren Haltung zum Frauenstimmrecht – ja als Gradmesser für Antifeminismus. Etwas zugespitzt formuliert lässt sich sagen: Je ländlicher

Die unglaubliche Renitenz der Männer

und je deutlicher von der Romandie entfernt, desto deutlicher die Ablehnung. Darin zeigt sich die Persistenz einer frauenfeindlichen Grundhaltung in einem nicht zu unterschätzenden Teil der männlichen Bevölkerung – insbesondere in der deutschsprachigen Schweiz. Fazit: Dieses «endlich!» von 1971 war kein nachhaltiges Ja der Männer zur Gleichstellung der Frauen.

Und doch ist auch das Muster – hier fortschrittliche Westschweiz, hier antifeministische Deutschschweiz – zu differenzieren. Denn auch in der Deutschschweiz standen Männer für die politische und rechtliche Gleichstellung ein. Bereits 1833 schrieb der radikal-demokratische Verleger Johann Jacob Leuthy aus Stäfa in seiner nur einmal erschienenen Zeitung «Das Recht der Weiber»: «Wir stellen den Gegnern der Mündigkeitserklärung des weiblichen Geschlechts folgende einfache Fragen: Hat der Mensch das Recht frei zu seyn? Sind die Weiber auch Menschen?»

Renitenz entgegen dem Trend

Nicht überraschend waren es vorwiegend Frauen, viele davon unverheiratet, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter und die Anerkennung als selbständige Rechtssubjekte einsetzten. Seit der Wende

vom 19. zum 20. Jahrhundert forderten sie politische Mitbestimmung: Frauen wie Emma Jegher, Helene von Mülinen und Emilie Gourd im Rahmen der sogenannten bürgerlichen Frauenbewegung, Frauen wie Clara Ragaz-Nadig, Margarethe Faas-Hardegger und Rosa Bloch-Bollag im Rahmen der pazifistischen und der Arbeiterinnenbewegung. Die Aktivistinnen waren nach dem Ende des Ersten Weltkriegs überzeugt, dass die Einführung des Frauenstimmrechts auf eidgenössischer und kantonaler Ebene Realität würde. Jedoch sahen sie sich bald in ihren Erwartungen getäuscht: Ob zum Bürgertum oder zur Arbeiterschaft gehörend, die Männer lehnten anlässlich der damals durchgeführten Urnengänge das Frauenstimmrecht grossmehrheitlich ab. Diese Haltung war auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs kaum anders und ebenso wenig in den 1950er und 60er Jahren, als nach der Erlangung der Unabhängigkeit in den neu konstituierten Staaten der ehemaligen Kolonialgebiete das Frauenstimmrecht eingeführt wurde.

Warum also diese dem Trend in der Welt zuwiderlaufende Renitenz? Obwohl kaum überzeugend, wiederholten Parteien, Politiker und auch der sogenannte Stammtisch die immer gleichen Begründungen. Nicht stichhaltig und äusserst frauenfeindlich wirkt das

Die unglaubliche Renitenz der Männer

damalige Argument, in der Schweiz gehe es eben nicht nur um alle vier Jahre abzuhaltende Wahlen, sondern um Abstimmungen zu Sachgeschäften. Auch die häufig geäußerte Erklärung, die im transnationalen Vergleich späte Einführung des Frauenstimmrechts liege im direktdemokratischen System begründet, das für eine Verfassungsänderung eine Volksabstimmung voraussetze, greift zu kurz und ist als demokratische Legitimation des Ausschlusses der Frauen von politischer Partizipation per se höchst fragwürdig. Ganz abgesehen davon, dass es durchaus die Möglichkeit gegeben hätte, das Stimmrecht über den Gesetzesweg einzuführen. Doch dieser von Frauenrechtlerinnen vorgeschlagene Weg wurde sowohl vom rein männlichen Bundesrat als auch vom ebenso männlich besetzten Bundesgericht abgelehnt. Zudem war dieses als demokratisch definierte undemokratische Recht der Männer nur *ein* Element eines ganzen Bündels von Faktoren, welche die Verweigerungshaltung so lange zementierten. Diese Faktoren sind fast ausnahmslos Ausdruck einer schweizerisch geprägten Selbstgenügsamkeit und Selbstgerechtigkeit sowie eines grundlegend männerbündischen Verhaltens, das in den Institutionen der republikanischen Schweiz eine lange Tradition hat.

Der Sonderfall

Von einer solch beschränkten Sicht und Selbstgerechtigkeit zeugt der Umgang mit der Tatsache, dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Nationen dank dem Verschontsein vom Krieg keinen grundlegenden Bruch ihrer rechtlichen Grundlage erfuhr: Es gab hier weder 1918 noch 1945 einen Neuanfang. Dieses Verschontsein wurde insbesondere im Kontext des Kalten Krieges zunehmend als Verdienst der Schweiz gedeutet, fussend in ihrer spezifischen Geschichte und dem davon abgeleiteten politischen System. Mit dieser Konstruktion des «Sonderfall Schweiz» konnte auch das fehlende Frauenstimmrecht positiv konnotiert werden. Als Grundessenz dieses Systems galt die Verknüpfung von Wehrpflicht und Recht zur staatsbürgerlichen Partizipation, symbolhaft ausgedrückt in der Landsgemeinde, wo die Männer mit der Waffe in der Hand ihre Stimme abgeben. Diese Verknüpfung galt als Ausdruck des seit den Zeiten Wilhelm Tells nach aussen getragenen Unabhängigkeitswillens. Abgesehen auch hier wieder von der Tatsache, dass dieser Unabhängigkeitswille weit mehr Mythos als Realität war, entpuppt sich dieses Argument als frauenfeindlicher Vorwand, waren doch die nicht Militärdienst

Die unglaubliche Renitenz der Männer

leistenden Männer nicht von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen.

Trotz der damals schon von Frauenrechtlerinnen angeprangerten Inkonsistenz der Erklärungsmuster kannten Schweizer Männer mehrheitlich keine Scham für den Ausschluss der Frauen. Vielmehr zeigten sich viele mit Rekurs auf eben diesen «Sonderfall» sogar Stolz auf diese singuläre Situation. Mit Ausnahme der linken Parteien und dem Landesring von Migros Gründer Gottlieb Duttweiler, die das Frauenstimmrecht einforderten, wurde diese selbstgerechte Haltung kaum substantiell in Frage gestellt – weder auf Ebene der bürgerlichen Parteien, noch der Gewerkschaften oder der politischen Behörden. Im Gegenteil. Viele verurteilten das Plakat, mit dem Frauenrechtlerinnen diese Situation in der Nachkriegszeit anprangerten: mitten im gelbgefärbten Europa die Schweiz als schwarze Insel. Das Plakat widersprach dem Bild, das die Schweiz gegenüber den Alliierten und sich selbst in der Nachkriegszeit geben wollte, um ihre offizielle Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland vergessen zu machen. Europa sollte nicht entlang der Linie Ja oder Nein zum Frauenstimmrecht, sondern entlang der Teilung in einen kommunistischen Osten und einen demokratischen Westen dargestellt wer-

den. Nur so konnte sich die Schweiz im Sog des sich entfaltenden Kalten Kriegs als Teil der Westmächte positionieren. Dieses Selbstbild drückte sich in den 1950er Jahren in einer zunehmenden öffentlichen Anprangerung kritischen und sozialistischen Gedankenguts aus. Auch diesbezüglich zeichnete sich der Graben zwischen der Deutschschweiz und der Romandie klar ab. In der Romandie verfiel der billige Versuch nicht, das Frauenstimmrecht im Zuge des Kalten Krieges als Zeichen linker Unterwanderung zu deuten, als das Frauenstimmrecht von der kommunistischen PdA in verschiedenen Kantonen per Initiative eingefordert wurde. Ebenso wenig wirkte im Tessin und in der Romandie der gängige Rekurs auf «Gertrud» in Schillers Drama «Wilhelm Tell», die ihrem Mann Werner Stauffacher zu Hause zwar den Weg weist, ihm aber die öffentliche Bühne lässt. Dass die verheiratete «Gertrud» – «die Stauffacherin» – darüber hinaus als Vorbild für die Schweizer Frau die Exklusion der nicht verheirateten Frauen als individuelle und unabhängige Rechtssubjekte implizierte, wurde im Klima eines auf Heteronormativität fussenden Geschlechterdiskurses nicht reflektiert. Vielmehr wurde dieser Ausschluss mit der verbalen Herabwürdigung der unverheirateten Frauen noch legitimiert sowie deren Anspruch auf

Die unglaubliche Renitenz der Männer

politische Mitsprache und Rechtsgleichheit lächerlich gemacht.

Und schliesslich liegt die späte Einführung des Frauenstimmrechts auch in der offiziellen Haltung des Bundesrats in Sachen Gleichstellung begründet. Er verhielt sich in dieser Frage im Verhältnis zur Haltung der Regierungen in den umliegenden Staaten passiv und reagierte lediglich auf Druck. Die Vorlage, die im Februar 1959 erstmals zu einer Abstimmung über das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene führte, war eine Antwort auf Eingaben im Parlament und vor allem eine Reaktion auf den breiten Protest der Frauenstimmrechtlerinnen. Diese hatten 1957 vehement gegen den im Kontext des Kalten Kriegs vorgesehenen obligatorischen Einbezug der Frauen in den Zivildienst opponiert: «Keine neue Pflichten ohne Rechte», argumentierten sie in Umkehrung der herkömmlichen Verknüpfung von Wehrpflicht und staatsbürgerlichen Rechten. Nur wegen des von den Medien rezipierten Drucks arbeitete der Bundesrat eine Vorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts aus. Statt klar und deutlich für das Frauenstimmrecht zu weibeln, enthielt er sich im Vorfeld dieser geschichtsträchtigen Abstimmung jedoch einer klaren Stellungnahme. Auch zwölf Jahre später reagierte

er mit der Vorlage von 1971 lediglich auf den höchst medienwirksamen Protest von Frauenrechtlerinnen auf seine Absicht, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ohne vorgehende Einführung des Frauenstimmrechts zu unterzeichnen. Die damalige Schweiz sah ohne Frauenstimmrecht im Umfeld der transnationalen Aufbrüche der «68er» schlicht alt aus. Vor allem die Angst vor dem Verlust ihres Images als einer modernen Nation machte den Behörden Beine. Resignativ sagten selbst ehemalige Gegner «Ja», das Frauenstimmrecht werde ja so oder so mal kommen. Man(n) schickte sich nun in der Mehrheit der Deutschschweizer Kantone ins Unausweichliche, wenn auch noch lang nicht in allen. Und die Abstimmungen zu gleichstellungsrelevanten Themen in der Folgezeit – wie dem neuen Eherecht – zeugen bis heute vom Graben in diesen Fragen zwischen der ländlichen und der urbanen, der deutschsprachigen und der lateinischen Schweiz.

L'incroyable obstination des hommes

Indicateur d'un antiféminisme profond

TEXTE: ELISABETH JORIS

TRADUCTION: LOUISE DÉCAILLET

Jusqu'en 1971, la population votante masculine suisse s'est attachée à ses privilèges issus de sa suprématie juridique. Cette obstination a-t-elle vraiment cessé avec le Oui au droit de vote et d'éligibilité des femmes? Quels facteurs ont contribué à ce que la Suisse officielle puisse refuser aussi longtemps la tendance transnationale d'accepter une évidence démocratique?

Au milieu des années 80, j'entrai à la banque pour retirer, comme toujours depuis 1969, de l'argent de mon compte-épargne où mon salaire d'institutrice était versé chaque mois. Un jeune employé me fit remarquer que le retrait n'était pas possible car il me manquait une autorisation certifiée par signature de mon époux. J'étais indignée, mais il avait raison. En vérité, je le savais puisque j'avais comparé les

clauses du droit matrimonial que venait de voter le parlement avec celles encore en vigueur pour le volume documentaire « Frauengeschichte(n) » que j'étais avec Heidi Witzig. Selon le régime matrimonial ordinaire, mon compte appartenait encore aux biens matrimoniaux. Et d'après un groupe formé autour du conseiller national UDC de l'époque Christoph Blocher, cela n'était pas près de changer. Ce groupe avait lancé un référendum contre le nouveau droit matrimonial « partenarial » de 1985: selon lui, les paragraphes de l'ancien droit de la famille de 1912 devaient rester en vigueur. L'époux est le chef de famille; il peut interdire à l'épouse d'avoir une activité professionnelle. Celle-ci dirige le ménage. Certes, le revenu de son activité rémunérée lui appartient, mais c'est l'époux qui gère et utilise les biens matrimoniaux.

L'incroyable obstination des hommes

Dr. phil. Elisabeth Joris, historienne indépendante à Zurich, a publié de nombreux livres et contributions sur l'histoire des genres aux 19 et 20^{ème} siècles, notamment dans les domaines du mouvement féministe, du droit, du travail et de la migration. En 2021, Elisabeth Joris et Anja Suter rééditent pour la cinquième fois le recueil de sources « Frauengeschichte(n) », publié en 1986 avec Heidi Witzig.

Oui, mais pas durablement

En quoi cette histoire parle-t-elle de l'introduction en 1971 – enfin ! – du droit de vote des femmes ? Elle montre la résistance tenace de la population votante masculine à renoncer à ses privilèges juridiques et, ainsi, à la subordination des épouses à son pouvoir : à l'automne 1985, presque 15 ans après l'introduction du droit de vote des femmes, le référendum contre le nouveau droit matrimonial a été soutenu par plus de la moitié des hommes votants. Ils ne se souciaient pas le moins du monde de ce que leur Non soit contraire à la Constitution puisqu'il enfreignait le principe d'égalité femmes-hommes ancré dans celle-ci depuis 1981. Le nouveau droit matrimonial de 1985 n'a été accepté que grâce au Oui d'une majorité écrasante de femmes votantes. Leur passage à l'urne fut décisif. En regardant les résultats de cette votation, on constate un lien entre les cantons et régions qui l'ont rejeté et ceux qui s'étaient acharnés à refuser le droit de vote des femmes. Et ce sont les mêmes cantons qui se moquent encore aujourd'hui de la Convention des droits des femmes de l'ONU ratifiée en 1997, en négligeant les mesures obligatoires qu'elle exige pour

la réalisation de l'égalité – par exemple en fermant les bureaux spécialisés qui en sont responsables ou en refusant même d'en créer.

En revanche, dans les cantons romands de Genève, Vaud et Neuchâtel, une majorité d'hommes votants acceptait déjà l'égalité politique des femmes lors de la première votation fédérale sur le droit de vote des femmes en 1959. Jusqu'à aujourd'hui, les Bureaux de l'égalité de ces cantons n'ont pas été fermés. En analysant de plus près, on remarque que l'attitude des cantons quant à la mise en oeuvre de l'égalité reflète leur ancienne attitude quant au droit de vote des femmes : elle sert d'indicateur d'antiféminisme. En schématisant un peu, on pourrait dire que plus les cantons sont ruraux et clairement éloignés de la Romandie, plus leur refus est clair. C'est à cela que se montre la persistance d'une attitude misogyne dans une partie de la population masculine qu'il ne faut pas sous-estimer, en particulier en Suisse alémanique. En conclusion, cet « enfin ! » de 1971 ne marque pas un Oui durable des hommes à l'égalité des femmes.

Mais il faut tout de même nuancer le schéma d'une Suisse romande progressiste contre une Suisse alé-

L'incroyable obstination des hommes

manique antiféministe. En Suisse alémanique aussi, des hommes se sont déclarés pour l'égalité politique et juridique. Déjà en 1833, l'éditeur radical-démocrate de Stäfa Johann Jacob Leuthy écrivait dans l'unique numéro de son journal « Das Recht der Weiber » : « Aux opposants à la déclaration de majorité du sexe féminin, nous posons simplement les questions suivantes : l'être humain a-t-il le droit d'être libre ? Les femmes ne sont-elles pas des êtres humains ? »

Obstination vis-à-vis de la tendance

Sans surprise, ce sont en majeure partie des femmes, beaucoup d'entre elles non mariées, qui se sont engagées pour l'égalité des sexes et pour leur reconnaissance en tant que sujets juridiques autonomes. Elles exigeaient la participation politique depuis le tournant du 19 au 20^{ème} siècle : des femmes telles qu'Emma Jegher, Helene von Mülinen et Emilie Gourd l'ont fait dans le cadre du mouvement féministe bourgeois, Clara Ragaz-Nadig, Margarethe Faas-Hardegger et Rosa Bloch-Bollag dans le cadre du mouvement féministe pacifiste et ouvrier. Après la fin de la Première Guerre mondiale, les activistes étaient convaincues que l'introduction du droit de vote des femmes deviendrait réalité aux niveaux fédéral et cantonal. Mais

elles ont vite déchanté : qu'ils appartiennent à la bourgeoisie ou à la classe ouvrière, les hommes refusèrent à l'époque en grande majorité dans les urnes le suffrage féminin. Cette attitude ne changea pas à la fin de la Deuxième Guerre mondiale et tout aussi peu dans les années 50 et 60, lorsque le droit de vote des femmes fut introduit dans les nouveaux Etats issus de l'indépendance des anciens territoires coloniaux.

Comment s'explique donc cette résistance à la tendance mondiale ? Bien qu'elles ne soient pas convaincantes, les partis, les politiciens et le café du Commerce répètent toujours les mêmes explications. L'argument de l'époque selon lequel en Suisse on a non seulement des élections chaque quatre ans, mais aussi des votations sur des affaires commerciales, est peu pertinent et profondément misogyne. Il en va de même de l'explication fréquente selon laquelle le retard, en comparaison transnationale, de l'introduction du suffrage féminin tiendrait au système de démocratie directe qui nécessite une votation populaire pour modifier la Constitution : elle est superficielle et même douteuse, puisqu'elle légitime l'exclusion des femmes de la participation politique par la démocratie – sans oublier qu'il aurait été tout à fait possible d'introduire le droit de vote par le biais de la loi et non de la Constitution.

L'incroyable obstination des hommes

Mais cette proposition des défenseuses des droits des femmes fut refusée autant par le Conseil fédéral que le Tribunal fédéral, les deux exclusivement masculins. De plus, ce droit des hommes non démocratique qui se veut démocratique n'est qu'un facteur parmi tant d'autres qui ont cimenté l'attitude de refus pendant si longtemps. Ces facteurs expriment presque sans exception une suffisance et autojustification proprement suisse et un comportement fondamentalement masculin issu d'une longue tradition au sein des institutions de la Suisse républicaine.

Le cas particulier

La Suisse, contrairement à la plupart des autres pays, n'a pas connu de rupture fondamentale de ses bases juridiques parce qu'elle a été épargnée par la guerre, ce qui témoigne aussi de sa vision limitée et de sa suffisance: la Suisse ne connut de nouveau départ ni en 1918 ni en 1945. Le fait qu'elle a été épargnée a progressivement été interprété, en particulier dans le contexte de la guerre froide, comme un mérite de la Suisse lié à son histoire spécifique et au système politique qui en découle. Cette construction de la Suisse comme « cas particulier » a aussi pu donner à l'absence de droit de vote des femmes une connota-

tion positive. L'essence de ce système résidait dans le lien entre la conscription et le droit à la participation civique symbolisé par la « Landsgemeinde », où les hommes votaient les armes à la main. Depuis l'époque de Guillaume Tell, ce lien exprimait une volonté d'indépendance vis-à-vis de l'extérieur. Mis à part que cette volonté d'indépendance était, encore une fois, bien plus mythique que réelle, cet argument s'avère un prétexte misogynne puisque les hommes qui n'effectuaient pas de service militaire n'étaient pas exclus de la participation politique.

Malgré l'incohérence des explications déjà dénoncée par les défenseuses des droits des femmes à l'époque, la majeure partie des hommes suisses n'avait pas honte d'exclure les femmes. Au contraire, beaucoup d'entre eux revendiquaient avec fierté cette situation de « cas particulier ». A l'exception des partis de gauche et de l'Alliance des Indépendants formée par le fondateur de Migros Gottlieb Duttweiler, qui revendiquaient le droit de vote des femmes, cette attitude suffisante n'était pas substantiellement remise en question, que ce soit au niveau des partis bourgeois, des syndicats ou des autorités politiques. Au contraire. Beaucoup condamnèrent l'affiche des défenseuses des droits des femmes qui dénonçait

L'incroyable obstination des hommes

la situation de la Suisse pendant l'après-guerre: la Suisse y apparaissait comme une île noire au milieu d'une Europe colorée en jaune. L'affiche contredisait l'image que la Suisse voulait donner aux Alliés et à elle-même lors de l'après-guerre pour faire oublier son attitude officielle à l'égard de l'Allemagne nationale-socialiste. L'Europe ne devait pas être représentée en fonction de son acceptation ou non du suffrage féminin, mais selon la séparation entre l'Est communiste et l'Ouest démocratique. C'est seulement ainsi que la Suisse pouvait se positionner dans les remous de la guerre froide comme partie des puissances occidentales. Dans les années 50, cette image d'elle-même s'exprimait par une dénonciation publique croissante des idées critiques et socialistes. Là aussi, le fossé entre la Suisse alémanique et la Romandie se dessinait clairement. En Romandie, l'interprétation trop facile du droit de vote des femmes comme signe d'infiltration de la gauche dans le contexte de la guerre froide ne marchait pas, étant donné que le suffrage féminin avait été demandé par initiative dans plusieurs cantons par le Parti du Travail communiste. De même, les références fréquentes à « Gertrud » du drame « Guillaume Tell » de Schiller, qui certes montre la voie à son mari Werner Stauffacher à la maison

mais lui laisse la scène publique, ne marchaient ni au Tessin ni en Romandie. Au sein d'une conception des genres hétéronormative, on ignorait que « Gertrud » (« die Stauffacherin »), en tant que femme mariée et modèle de femme suisse, impliquait l'exclusion des femmes non mariées comme personnes juridiques individuelles et indépendantes. Au contraire, cette exclusion était légitimée par le dénigrement verbal des femmes non mariées et leur revendication à la participation politique et à l'égalité des droits était objet de moquerie.

En fin de compte, l'introduction tardive du droit de vote des femmes s'explique aussi par l'attitude officielle du Conseil fédéral en matière d'égalité. Comparé aux gouvernements des États voisins, celui-ci se comportait de manière passive et ne réagissait que sous pression. Le projet de loi qui mena pour la première fois à une votation sur le suffrage féminin au niveau fédéral en février 1959 répondait à des demandes au Parlement et, avant tout, aux vastes protestations des défenseuses des droits des femmes.

En 1957, celles-ci s'étaient fermement opposées à l'intégration obligatoire des femmes au service civil prévue dans le contexte de la guerre froide: « Pas de nouveaux devoirs sans droits » affirmaient-elles, en

L'incroyable obstination des hommes

renversant le lien traditionnel entre la conscription et les droits civiques. C'est uniquement à cause de la pression médiatique que le Conseil fédéral finit par mettre au point un projet de loi sur l'introduction du droit de vote des femmes. Au lieu de plaider explicitement pour le suffrage féminin, il s'abstint toutefois d'une prise de position claire en amont de la votation historique. Même douze ans plus tard, le projet de loi de 1971 n'était qu'une réaction aux protestations très médiatisées des défenseuses des droits des femmes face à son intention de signer la Convention européenne des droits de l'homme sans introduire au préalable le droit de vote des femmes.

Sans suffrage féminin, la Suisse de l'époque avait l'air tout simplement arriérée au milieu des mutations transnationales de 68. C'est surtout la peur de perdre son image de nation moderne qui a forcé les autorités à avancer. Même les anciens opposants se résignèrent à dire « Oui », voyant que le droit de vote des femmes arriverait bien un jour ou l'autre. Dans la plupart des cantons de la Suisse alémanique, quoique de loin pas dans tous, il devenait désormais inéluctable. Dans la période qui suivit, les votations sur des sujets ayant trait à l'égalité – tels que le nouveau droit matrimonial – témoignent jusqu'à aujourd'hui du fossé

que ces questions creusent entre la Suisse rurale et urbaine, alémanique et latine.